Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/3775

Der Bundesminister der Verteidigung

Bonn, den 27. Juli 1965

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Empfehlung 118 der Versammlung der Westeuropäischen Union**

Bezug: **Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Kliesing (Honnef), Berkhan, Dr. Freiherr von Mühlen und Genossen – Drucksache IV/3721 –**

Im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt wird die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:

1. Die Frage nach neuen Fortschritten auf dem Weg zu einer gemeinsamen Rüstungspolitik der NATO-Länder versteht die Bundesregierung so, daß sie sich auf Entwicklungen nach dem 5. November 1964 bezieht. Damals hatte sich bekanntlich die Bundesregierung in der Drucksache IV/2702 gegen ein Rüstungskommissariat der Westeuropäischen Union ausgesprochen und statt dessen auf die NATO verwiesen.

   In der kurzen Zwischenzeit sind weitere Fortschritte zu verzeichnen. Die Gemeinschaftsfertigungen des Flugzeuges F 104 G und der Flugkörper HAWK und SIDEWINDER stehen vor ihrem erfolgreichen Abschluß.

   Neu ist jeweils die Überleitung in eine gemeinsame Logistik. Hier sind NATO-Stellen federführend tätig; dies gilt auch für die Überlegungen wegen einer verbesserten HAWK und für das europäische Luftverteidigungssystem NADGE.

   Dagegen beginnen völlig neue Entwicklungen in der Regel zwei- oder höchstens dreiseitig. Man einigt sich auf gemeinsame militärische Forderungen und stellt den übrigen NATO-Ländern die Beteiligung frei. Deren Interesse richtet sich meist nach den unterschiedlichen militärischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten.

   Als Beispiel für solche Vorhaben zu zweit oder dritt innerhalb der NATO sind zu nennen: kurz- und senkrechtstartende Flugzeuge, Flug- und Panzerabwehrwaffen, gepan-

Druck: Buchdruckerei R. Madel, 53 Bonn, Bonner Talweg 106
Alleinvertrieb Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Telefon 63551

zerte und ungepanzerte Fahrzeuge sowie elektronisches Gerät.

2. Die Frage nach den Aussichten einer rationellen Koordinierung der europäischen Rüstungsindustrie, der die Forschung, Entwicklung und Produktion der europäischen Rüstung übertragen werden könnte, enthält mehrere Teile, auf die einzeln einzugehen ist.

Zu gemeinsamer Forschung und Entwicklung über die Grenzen hinweg haben sich Rüstungsunternehmen bisher aus eigener Initiative nur in sehr geringem Ausmaß bereit gefunden. Gemeinsame Fertigung jedoch wird verstärkt angestrebt. Sie setzt aber stets voraus, daß kompetente Stellen des Bündnisses oder der Regierungen den Anstoß hierzu geben und die Vorhaben überwachen. Die Rüstungsausschüsse der NATO und der WEU können dabei wertvolle Hilfe leisten, die Aufgabe aber nicht selbst übernehmen.

Die Betonung „europäische Industrie" und „europäische Rüstung" wirft die Frage auf, in welchem Maße sich Europa rüstungswirtschaftlich von Amerika unabhängig machen kann oder soll. Deutschland ist bekanntlich in einer besonderen Lage. Es hat mehr amerikanisches Rüstungsgut als seine europäischen Verbündeten, eine Tatsache, die eine koordinierte deutsch-amerikanische Logistik rationell und notwendig erscheinen läßt. In diesem Zusammenhang spielt auch der Devisenausgleich für die durch die Stationierung verursachten Kosten eine Rolle.

Gleichzeitig begrüßt und fördert die Bundesregierung jedoch alle Bestrebungen, welche zu einer stärkeren Koordinierung, Rationalisierung und Standardisierung der europäischen Rüstungsproduktion führen. Sie hat dies in der Vergangenheit bewiesen. An neuen Projekten, die diesem Ziele dienen, sind die in Produktion befindlichen Transportflugzeuge zu nennen. Darüber hinaus bahnt sich auf dem Fahrzeugsektor eine stärkere europäische Zusammenarbeit an.

Die Bundesregierung hält die Förderung solcher Tendenzen für durchaus vereinbar mit dem Bestreben, auch zu einer besseren Koordinierung mit der Rüstungsentwicklung und -produktion Nordamerikas zu gelangen, weil sie der Auffassung ist, daß dies der NATO und ihren Partnern nützt.

Die Bundesregierung ist nicht der Auffassung, daß eine stärkere gesellschaftsrechtliche Konzentration von Unternehmen der Rüstungsindustrie der Partnerstaaten von NATO durch dirigistische Maßnahmen veranlaßt werden sollte. Es erscheint ihr richtiger, Rüstungszusammenarbeit durch sachgemäße Steuerung der Vergabe von Forschungs-, Entwicklungs- und Fertigungsaufträgen zu fördern.

von Hassel